

Unsere große Aufgabe

Die Europäische Union steckt in ihrer vielleicht schwersten Krise. Sie ist in keinem guten Zustand. Die europäische Schulden- und die Migrationskrise sind ungelöst, und sie haben einen Vertrauensverlust unter den EU-Mitgliedstaaten und in der Bevölkerung bewirkt.

Dennoch muss gefragt werden, wie es ohne europäische Zusammenarbeit um den Kontinent bestellt wäre, wie die Schockwellen der Weltfinanzkrise auf national fragmentierte Ökonomien und Währungen gewirkt hätten, was auch die große Fluchtbewegung für ein Europa ohne gemeinsame Institutionen bedeuten würde.

In Vergessenheit gerät zudem allzu oft, dass die Europäischen Institutionen auch in den Krisenjahren erfolgreich arbeiten. Durchaus wichtige Zukunftsfragen wie etwa der Daten- oder der Patentschutz konnten jüngst beantwortet werden. Die im Großen und Ganzen einheitliche Haltung gegenüber der russischen Aggression in der Ukraine oder auch Europas bedeutender Anteil an der friedlichen Lösung des iranischen Atomkonflikts sind zu nennen. Die Institutionen arbeiten mit Hochdruck an der weiteren Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Sie bieten auch konkrete Lösungsansätze für die Migrationskrise und sind keineswegs die Ursache für die Überforderung, die einzelne Mitgliedstaaten aktuell erfahren. Der Beispiele wären mehr. All das wird aber gerne ausgeblendet.

In der europäischen Zusammenarbeit ist weiterhin nicht das Problem zu sehen, sondern vielleicht mehr denn je die Lösung.

Trotzdem können wir Europäischen Föderalisten uns nicht zufrieden zeigen mit der gegenwärtigen europäischen Lage. Die EU und die europäische Integration werden von Demagogen und Populisten in Frage gestellt. Viele EU-Bürgerinnen und -Bürger



Werden Stacheldraht und nationale Egoismen das Europäische Einigungsprojekt zum Scheitern verurteilen? Eine der wichtigsten Errungenschaften, die Reisefreiheit der Bürger, steht auf dem Spiel. Aber darüber hinaus noch viel mehr!
Bild: fotolia.de/Traubild

sind angesichts des Krisenstakkatos zutiefst verunsichert, was sich in immer größerem Zuspruch zu radikalen, europa- und sogar demokratiefeindlichen Haltungen äußert.

Kritik an der EU kommt aber nicht nur von Extremisten. Auch seriöse politische Kräfte wie die britische Regierung oder Regierungsvertreter in vielen anderen EU-Staaten fordern eine Reform der EU, die dem Nationalstaat Kompetenzen zurückgeben und die supranationale Zusammenarbeit zurückdrängen soll.

Es ist aber geradezu skurril, dass sich angesichts von Problemen, für die kein einzelner Mitgliedstaat – isoliert befragt und innenpolitisch beantwortet – eine glaubwürdige nationale Lösung mit hinreichender Aussicht auf Erfolg aufzeigen könnte, eine „Weniger-Europa-Stimmung“ ausbreitet.

Taumeln wir nach einer Erfolgsgeschichte des „Miteinander“ und immer wieder schwierigen Fragen nach dem „Füreinander“ mit schlafwandlerischer Sicherheit – und Tagträumen von der guten alten Zeit, die immer wieder zu Alpträumen wurden – in das althergebrachte „Gegeneinander“ der Nationalisten?

Wir Europäische Föderalisten sind nicht der Auffassung, dass die EU ideal funktio-

niert. Wir sind aber überzeugt, dass sie das Beste ist, was es an politischer Ordnung jemals in Europa gegeben hat. Wer diese seit 70 Jahren bestehende, sich stets entwickelnde, anpassende Ordnung in Frage stellt, geht bewusst oder unbewusst sehr hohe Risiken ein.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Europäische Parlament an Texten arbeitet, die die für Europas Zukunft fundamentalen Fragen beantworten sollen. Eine Kompetenzrückverlagerung wie EU-Skeptiker sie fordern, lehnen wir ebenso ab wie eine

Aus dem Inhalt

„Wer klopft an?“	2/3
Ein Kommentar von Ulla Kalbfleisch-Kottsieper	
Menschenrechte – schwieriges Thema zwischen Türkei und EU	4
Ein Meinungsbeitrag von Arne Lietz MdEP	
Polens neue Regierung – ein weiterer Testfall für die EU	5
Ein Kommentar von Harm Adam	



Stärkung der intergouvernementalen Methode, die ohnedies seit der Weltfinanzkrise dominiert.

Die Kernfrage lautet: Wie kann die EU die aktuellen Krisen bewältigen? Geht es ohne Änderung der Verträge, für die es zurzeit äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich wäre, einen Konsens unter den 28 EU-Mitgliedstaaten zu finden, oder braucht es eine Vertragsrevision, die – am besten nach der Konventsverfahren – mehr und bessere supranationale Zusammenarbeit zum Ergebnis haben soll?

Die überparteiliche Europa-Union und ihre Mitglieder beteiligen sich an diesen unter anderem vom Europäischen Parlament geführten Debatten.

Insbesondere die Frage, wie es angesichts der aktuellen europäischen Vertrauenskrise und immer wieder sich auf Ebene der Regierungen durchsetzender nationaler Egoismen weitergehen kann und soll – im Konsens aller 28 oder mehr als bisher im Wege verstärkter Zusammenarbeit – wie auch weitere konstitutionelle Fragen müssen und werden die Europa-Union in den

kommenden Wochen und Monaten intensiv beschäftigen und wird diese beantworten müssen.

Alle Mitglieder sind eingeladen, sich in diesen enorm wichtigen Diskussionsprozess einzubringen, bevor wir auf unserem Bundeskongress in Dresden auch als Verband Stellung beziehen werden.

*Rainer Wieland MdEP
Präsident der Europa-Union Deutschland
Christian Moos
Generalsekretär der Europa-Union*

„Wer klopft an“

Nachweihnachtliche Betrachtungen zur Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union

Im Lied von der „Herbergssuche“, das zum inzwischen mehrere Wochen hinter uns liegenden Weihnachtsfest sicher in vielen Kirchen und deutschen Haushalten gesungen wurde, wird Maria und Josef auf ihrer Suche nach einer Unterkunft für sich und ihr neugeborenes Kind Jesus ein Viehstall zugewiesen mit den Worten: „Ihr braucht nicht viel, da geht nur gleich.“

Auch im mittlerweile weltweit berühmten „Land der Willkommenskultur“, Deutschland, können die ankommenden Flüchtlinge, Asylsuchenden und Migranten leider nicht mehr überall davon ausgehen, dass sie mit offenen Armen und in komfortablen Unterbringungen empfangen werden, niemand hatte mit so vielen Ankommenden in so kurzer Zeit gerechnet. Gerechnet hatten wir Unionsbürger allerdings damit, dass unsere Parlamente, Regierungen und Verwaltungen – zusammen mit den EU-Institutionen – in der Lage wären, den seit mehr als 25 Jahren bestehenden europavertraglichen Verpflichtungen zur Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen angemessen nachkommen zu können. Schließlich fielen die Menschen nicht vom Himmel, sondern kamen – nach langen Märschen und lebensgefährlichen Fahrten – schon seit mehreren Jahren in Italien, Spanien, Griechenland und den Mittelmeerinseln mit Booten an, oder sie starben bei der Überfahrt.

Diese seit Jahrzehnten vorhersehbare Entwicklung der Zuwanderung aus dem

Süden und aus den jeweils aktuellen Kriegsgebieten war politisch verdrängt worden, und jetzt ziehen sich die Regierenden der EU-Mitgliedstaaten am liebsten in ihre nationalen Trutzburgen zurück und gefährden so das größte Friedensprojekt aller Zeiten.

„Europa ist das politisch Wertvollste, was dieser Kontinent je hervorgebracht hat“, sagte der letztjährige Friedenspreisträger, Navid Kermani, am 18. Oktober 2015 in seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche. „Wer vergessen hat, warum es Europa braucht, muss in die ausgemergelten, erschöpften, verängstigten Gesichter der Flüchtlinge blicken, die alles hinter sich gelassen, alles aufgegeben, ihr Leben riskiert haben für die Verheißung, die Europa immer noch darstellt.“

Die Europa-Union hatte bereits bei ihrem Bundeskongress in Erfurt 2010 die Chance, diesen aufgeklärten, muslimischen Europäer aus dem Siegerland, zu hören, der jetzt – nach den Silvestervorfällen in Köln – zusammen mit vielen anderen in der sog. „Kölner Botschaft“ vom 22. Januar 2016 mahnt: „Eine Flüchtlingspolitik, die human, gerecht und auch langfristig ausgerichtet ist, kann es nur im europäischen Verbund geben. Daher gilt unsere Sorge heute nicht so sehr Deutschland als vielmehr Europa, das durch den neu aufflammenden Nationalismus seine Seele zu verlieren droht.“

Für die „Seele Europas“ sind wir, die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen

Union, im besonderen Maße zuständig. Die Mitglieder der Europa-Union Deutschland, die in diesem Herbst siebzig Jahre alt wird, haben aus unserer Geschichte heraus eine zusätzliche Verpflichtung, den Beweis zu erbringen, dass die Idee der Europäischen Integration nachhaltig „Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt“ fördern kann, so wie es in der Präambel des Lissabonner Vertrages zugesagt wird. Zum Gründungsmythos der EUD gehört auch das Zersägen von Grenzpfählen, diesen „zivilen Bürgermut“ brauchen wir auch heute wieder, wo in völliger Verkennung der Realitäten, der Ruf nach Zäunen und Mauern wieder ertönt und manche Politiker – gegen jede wirtschaftliche und politische Vernunft – sich wieder für Grenzen in Europa stark machen.

Rechtsextreme Gruppierungen „begrüßen“ Flüchtlinge ganz offen mit Parolen wie: „Festung Europa – macht die Grenzen dicht“, Flüchtlingsunterkünfte gehen in Flammen auf und sogar sonst eher besonnene Politiker sprechen von „Lawinen“, wenn sie Menschen meinen, die aus Not geflohen sind, um ihren Kindern und sich selbst ein menschenwürdiges Leben in Frieden und Freiheit zu ermöglichen. Vieles, was jetzt in Hektik und hastig in Gang gebracht werden muss, hätte längst auf den Weg gebracht werden können bzw. müssen, denn die ersten rechtlichen Grundlagen für eine geordnete Asyl- und Migrationspolitik bestehen seit dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages am 1. November 1993.

Die europäischen Mitgliedstaaten und ihre Gesellschaft haben viele gute Gründe, den bei uns ankommenden Hilfesuchenden einen verlässlichen „Schutzraum“ auf Zeit oder auf Dauer in einer offenen europäischen Gesellschaft anzubieten. Dazu gehören demographische und wirtschaftliche Interessen ebenso wie die gemeinsam vereinbarte humanitäre Verpflichtung zur Solidarität.



Bild: EU-Kommission

Mit großer Sorge mussten wir aber erleben, wie sich viele Mitgliedstaaten aus dieser Solidarität herausgestohlen und unverhohlen einen Vertragsbruch nach dem anderen angekündigt und vollzogen haben. Die EU-Kommission hat 40 Verfahren gegen 19 Länder wegen eindeutiger Verletzung des Asylrechts eröffnet, auch gegen Deutschland. Die anfänglich langdauernde Hilflosigkeit in Politik und Verwaltung war besonders auch für uns Deutsche erschreckend. Glaubten wir doch, tatsächlich so gut zu sein wie unser Ruf in der Welt!

Aufgefangen wurde das Dilemma des anfänglichen Verwaltungsversagens in bewundernswerter Weise von tausenden Helfern nicht nur in Deutschland, und nicht nur von Deutschen, sondern in allen betroffenen Ländern Europas. Viele Menschen zeigten Mut und Zivilcourage, übernahmen Verantwortung, wo staatliche Institutionen überfordert waren, am Strand von Lesbos genauso wie im Kieler Hafen, in Berlin am LaGeSo, in Karlsruhe oder sonst in Deutschland, Italien, Österreich und entlang der sog. Balkanroute. Auch viele Mitglieder der EUD haben tatkräftig bewiesen, dass europäische Solidarität kein künstliches Konstrukt, sondern eine konkret erfahrbare Gemeinschaft ist.

Ob im „Gmünder Modell“, das seit langem davon ausgeht, dass Flüchtlinge vom

Tag ihrer Ankunft an Mitbürger mit Rechten und Pflichten sind, und wo Oberbürgermeister Richard Arnold, Kreisvorsitzender der EUD Ostalb – zusammen mit vielen Haupt- und Ehrenamtlichen (auch den Flüchtlingen selbst) – schon vor drei Jahren begonnen hat, die „Neubürger“ in alle städtischen Aktivitäten wie z.B. die Landesgartenschau oder in die für 2016 geplante Neuaufführung der Staufersaga einzubeziehen bzw. sie schnellstmöglich in Arbeit und Ausbildung zu vermitteln. Oder wie der Kieler EUD-Kreisvorsitzende Wilfried Saust, der sich zusammen mit Helfern am Kieler Ostsee-Kai um die täglich ankommenden Transitflüchtlinge nach Schweden und Norwegen kümmert. EUD und EBD, Evangelische und Katholische Kirche, die Jüdische Gemeinde, der Deutsche Verband der Sinti und Roma, die Türkische Gemeinde und der Verein Schrevenpark haben extra die Flüchtlingshilfe Schleswig-Holstein gegründet und versorgen bis zu 750 Menschen pro Tag mit warmem Essen und Getränken. Im niedersächsischen Bad Berkel betreut der Flüchtlingsrat, dem der stellvertretende EUD-Landesvorsitzende, Reinhard Burdinski angehört, 50 Migranten, die derzeit alle dezentral in Wohnungen untergebracht sind. Auch hier werden sie ins Gemeindeleben intensiv und ehrenamtlich eingebunden. In Thüringen hat die EUD-Landesvorsitzende Gabi Kalb eine syrische Familie mit Neugeborenem unter ihre Fittiche genommen. Der Kreisvorsitzende der EUD Ortenau, Dr. Roland Giebenrath, hat in seiner Kanzlei einen syrischen Anwalt aufgenommen und zusammen mit Schülern aus Sigmaringen hat die Kreisvorsitzende der EUD Zollernalb, Patricia Grässle, sich um Flüchtlinge in der ehemaligen Zollernalb-Kaserne Meßstetten gekümmert. Auch Gerlinde Lorch, Mitglied der EUD Karlsruhe, bemüht sich zusammen mit anderen Ehrenamtlichen um Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft Rheinstetten-Forchheim, einer Vorzeigeeunterkunft. Sie und viele andere berichten davon, dass sie viel zurückbekommen von den Menschen, um die sie sich kümmern.

Alle hier Genannten – und sicher noch viele andere EUD-Mitglieder – tragen nicht nur dazu bei, dass „wir das schaffen können“ und uns die gesellschaftliche Entwicklung in der EU „nicht um die Ohren fliegt“, sondern

sie sind auch die wahren Repräsentanten der Europäischen Gesellschaft, wie sie in Sonntagsreden und Ratstagungen so gerne beschworen wird.

Im „Sommer der Erkenntnis 2015“ haben wir nicht nur gelernt, dass wir am Ball bleiben müssen, wenn wir mit „unserer Idee von Europa“ weiter im Spiel bleiben wollen. Wir haben erkennen müssen, dass wir die Implementierung der Ratsbeschlüsse und EU-Verträge nicht der Politik überlassen dürfen, sondern wir müssen diese vor allem auch bei der Umsetzung in nationales Recht intensiv begleiten.

Mit den Menschen aus aller Welt kommen neue Kompetenzen zu uns, Erfahrungen und Haltungen, mit denen wir uns gemeinsam auseinandersetzen müssen. Das hilft auch uns, sich auf traditionelle Werte neu zu besinnen, sie zu hinterfragen. Machen wir uns „reicher“, nutzen wir die wachsende interkulturelle Kompetenz der vielfältiger gewordenen Gesellschaft und diskutieren wir mit den Menschen aus anderen Ländern unsere gemeinsame Zukunft. Schon jetzt kommen bei uns Projekte in Gang, die sonst noch länger gedauert hätten, z.B. im Wohnungsbau, in Schulen und Kindergärten.

Wir als Europa-Union sind besonders gefordert zu verteidigen, was politisch bereits erreicht worden ist, und das einzufordern, was noch aussteht, damit das Besondere an der Europäischen Idee auch das vor uns liegende Jahrhundert prägt: Friede durch mehr Miteinander und Versöhnung dort, wo alte Konflikte die gemeinsamen Interessen zu überlagern drohen.

„Frag nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frag, was du für dein Land tun kannst“: Dieses Kennedy-Motto sollte auch für uns und für Europa gelten.

Ulla Kalbfleisch-Kottsieper

Die Autorin ist ehemalige Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland. Bis zu ihrem Ruhestand war sie die Leiterin der Stabsstelle Europarecht im Thüringischen Ministerium für Justiz. Aktuell ist sie Mitglied des Rednerdienst TEAM EUROPE der Europäischen Kommission.



Menschenrechte – schwieriges Thema zwischen der Türkei und der EU

Bereits 1999 wurde der Türkei der Status eines offiziellen Beitrittskandidaten verliehen, seit 2005 laufen die Beitrittsverhandlungen. Die Meinungen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft gehen dabei zwischen „aussichtsreichem Beitrittskandidaten“ bis „strategischem Partner der EU“ weit auseinander und veränderten sich auch über die Jahre bei Regierungswechseln und der Bewältigung von internationalen politischen Herausforderungen.

Nachdem die Verhandlungen u. a. aufgrund des Zypernkonflikts zwei Jahre ruhten, wurde nun im Dezember 2015 das Beitrittskapitel zur „Wirtschafts- und Währungspolitik“ eröffnet – ein erneutes Zugehen auf die Türkei seitens der EU. Hintergrund hierzu ist deren zunehmende Bedeutung bei der Regulierung des Flüchtlingsstroms nach Europa und der Einschränkung von potenziellen IS-Kämpfern durch die türkisch-syrische Grenze.

Die EU tut gut daran – bei der Dringlichkeit der Flüchtlingsfragen – nicht die innertürkische Politik des rechtskonservativen Präsidenten Erdogan außer Acht zu lassen. Der Mitte November 2015 erschiene Fortschrittsbericht zum türkischen EU-Beitritt kann hierzu als Bestandsaufnahme bezeichnet werden. Während in der Administration der Flüchtlingspolitik positive Akzente zu erkennen sind, muss man bei den restlichen Bereichen eine negative Bilanz ziehen. Konkret beklagt die EU-Kommission Rückschritte beim Kampf gegen die Korruption, der Durchsetzung von demokratischen Grundrechten und dem Aufbau eines unabhängigen Justizsystems. Zentral seien Verschlechterungen in der Meinungs- und Pressefreiheit zu erkennen. Hier gebe es eine „wachsende Intoleranz gegenüber öffentlichen Protesten und eine restriktive Interpretation des Versammlungsrechts“. Polizeiliche Ermittlungsverfahren gegen Schriftsteller und Journalisten seien an der Tagesordnung. Problematisch ist zudem der Umgang mit Minderheiten. Hervorzuheben ist der Konflikt mit den Kurden, der in den

letzten Monaten wieder aufgeflammt ist und zum Tod von mehreren hundert Menschen geführt hat.

Vor diesen Hintergründen hätte die Wiederaufnahme von Beitrittsgesprächen etwa mit der Eröffnung des Kapitels „Justiz und Grundrechte“ mehr Sinn gemacht. Nur so kann die Türkei unter Beweis stellen, dass sie die europäischen Werte und Normen respektiert und sich in die europäische Staatengemeinschaft einfügen möchte. Dieser Menschenrechtsdiskurs muss verstetigt und gestärkt werden. Dass selbst die deutsche Seite hierbei höchst unsicher ist, zeigt die bisher fehlende klare geschichtspolitische Benennung des Völkermordes an den Armeniern vor über 100 Jahren, bei dem das Deutsche Reich selbst auch Schuld auf sich geladen hat. Eine solche Stellungnahme könnte nach dem Europaparlament auch im Deutschen Bundestag passieren, ohne die Türkei an den Pranger zu stellen.

Beim aktuellen Diskurs zu Menschenrechtsfragen spielt Deutschland dabei in der EU, als Heimat der größten türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe im Ausland, eine besondere Rolle. Die Debatte zu Kernfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens muss auch bilateral weitergehen und durch deutsche Diplomatie begleitet werden.

Die Europäische Union verfügt ebenfalls über eine Vielzahl von Möglichkeiten, in der europäischen Öffentlichkeit das Bewusstsein für Menschenrechtsfragen zu verstärken. Als gutes Beispiel kann man hier den seit 2007 verliehenen LUX-Filmpreis des Europäischen Parlaments nennen. „MUSTANG“, der diesjährige Oscar-nominierte Preisträger, spielt in einem Dorf im Norden der Türkei und erzählt von fünf Schwestern, die ihren Weg aus einem Leben, das geprägt ist von Zwangsheirat, Hausarbeit und keinem Zugang zu Bildung, hin zu Freiheit und Selbstbestimmung suchen. Mit der Prämierung und der erzeugten Öffentlichkeit bietet sich die gute Chance, über diesen Film einen gesellschaftlichen



LUX-Banner vor dem Europaparlament
Bild: European Union 2015

Diskurs zu diesem Thema auch in den Mitgliedstaaten zu führen. Der deutsche Produzent des Films, Frank Henschke, ist hierzu bereit und wird beispielsweise mit dem Hamburger Info-Point Europa in den kommenden Wochen an einer Filmvorführung mit anschließender Diskussion teilnehmen. Dieses Format kann auch von weiteren Landesverbänden genutzt werden. Details können dazu direkt mit Frank Henschke besprochen werden: Tel. (02 11) 44 50 98, Mobil (01 73) 2 60 60 61, E-Mail: vistamarfilm@gmail.com.

Arne Lietz MdEP

Der Autor ist stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union Sachsen-Anhalt und gehört für die SPD seit 2014 dem Europäischen Parlament an. Dort ist er Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses.

Polens neue Regierung – ein weiterer Testfall für Europa

Bei den Wahlen zum Sejm hat die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unter dem Vorsitz Jaroslaw Kaczynskis am 26. Oktober 2015 mit 37,6 Prozent der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit der Mandate errungen. Nach dem für das Ausland überraschenden Erfolg ihres bis dahin unbekanntem Präsidentschaftskandidaten Andrzej Duda, der den Amtsinhaber Bronislaw Komorowski am 24. Mai 2015 in der Stichwahl bezwang, kontrolliert die PiS seit November sowohl die Legislative als auch die Exekutive, selbst wenn der neue Präsident aus symbolischen Gründen den Parteaustritt erklärt hat.

Unter der Ägide der Ministerpräsidentin Beata Szydło hat die neue Regierung binnen kürzester Frist dem polnischen Verfassungsgericht hinderliche Handlungsvorgaben aufgezwungen und gesetzwidrig eine Entscheidung des Gerichts zur verfassungswidrigen Wahl dreier neuer Richter nicht veröffentlicht.

online veröffentlichten Aufruf des Publizisten und Bürgerrechtlers Krzysztof Łozinski zurück, der zur Gründung einer zivilgesellschaftlichen Plattform nach dem Vorbild oppositioneller Bewegungen im damaligen kommunistischen Polen aufrief.

Zu weiteren Sorgen um die liberale Demokratie hat im In- und Ausland das jüngst im Eilverfahren verabschiedete „kleine Mediengesetz“ geführt. Denn gezielte Kontrolle der öffentlichen Medien durch die Regierung kann zu einer Allianz führen, die das demokratische System gefährdet. Zudem herrscht im Kulturbetrieb große Verunsicherung, nachdem die PiS-Regierung die im Wahlkampf gepflegte Sprache des sozialen Ausgleichs aufgegeben hat und wieder dem Kulturkampf gegen die bisherigen Eliten frönt, denen sie noch immer – aberwitzig – Kumpanei mit dem alten kommunistischen Regime vorwirft.

In Reaktion auf die vorstehend nur skizzierten Entwicklungen hat die EU-Kommission im Januar entschieden, den erst 2014 eingeführten Mechanismus eines geordneten Rechtsstaatsdialogs einzuleiten. Nach einer aus der Beantwortung der kritischen Anfragen gewonnenen Sachstandsanalyse kann die Kommission Handlungsempfehlungen an den Mitgliedstaat aussprechen. Dann, wenn der Mitgliedstaat diesen nicht

bleiben die im Raum stehenden und einstimmig zu beschließenden Instrumente wie der Stimmrechtsentzug oder Finanzsperren unrealistisch. Aber: Nur der konstruktive und problemlösungsorientierte Dialog hilft weiter. Die Kommission ist mehr denn je die Wächterin der Verträge und hat den Mitgliedstaaten den europäischen Wertekanon, zu dem die Gewaltenteilung und die Rechtsstaatlichkeit sowie insbesondere die Meinungsfreiheit unzweifelhaft gehören, zu vermitteln. Ihre vom Vizekommissionspräsidenten Frans Timmermans im Europäischen Parlament erläuterten Argumente machen denn auch klar, dass es ihr nicht um die (antieuropäische) politische Orientierung der polnischen Regierung geht, sondern schlicht um den Rechtsstaat.

Demgegenüber sind Überspitzungen fehl am Platz. Gerade deutsche Politiker sollten sich bewusst sein, dass leichtfertige Vergleiche des polnischen mit russischem Regierungshandeln geeignet sind, sachlich gebotene Kritik zu desavouieren und so indirekt die sich organisierende polnische Zivilgesellschaft zu schwächen. Polen ist eben nicht Russland, das die in und nach 1989 gewonnene Souveränität seiner Nachbarländer in Frage stellt und durch oligarchische Strukturen sowie eine ineffiziente Verwaltung und Korruption geprägt ist. Demnach ist Polens Regierung nur einer von vielen Testfällen für Europa.

Vor 25 Jahren haben die Bundesrepublik Deutschland und Polen ihren Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit geschlossen. Im seinem Jubiläumsjahr bietet dieser vielfältige Chancen, Besorgnisse und Irritationen aus dem Weg zu räumen, sich der engen Freundschaft über Begegnungen auf der Regierungsebene und im Rahmen von kommunalen Partnerschaften und Begegnungen der Zivilgesellschaften neu zu versichern.

Harm Adam

Der Autor ist Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland und stellvertretender Landesvorsitzender in Niedersachsen. Es ist zudem Mitglied des Bundesvorstandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaft.



bleiben trotz aller Schwierigkeiten im Dialog: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło
Bild: EU-Kommission

Dieser offene Rechtsbruch hat eine Verfassungskrise unter vehementem Protest der parlamentarischen Opposition und bei Teilen der Zivilgesellschaft ausgelöst. Zur Organisation des Widerstandes hat sich ein binnen kurzer Frist landesweit Demonstrationen organisierendes Komitee zur Verteidigung der Demokratie konstituiert. Dies geht auf einen

folgt und weiter die Gefahr systembedingter Gefährdungen des Rechtsstaats gesehen wird, besteht die Möglichkeit der Einleitung eines sogenannten Präventivverfahrens.

Da am Verhandlungstisch des Rates auch andere Regierungen mit autoritären Tendenzen – Ungarn ist nur ein Beispiel – sitzen,

„Hände weg von unseren offenen Binnengrenzen!“

Aktionswoche unter dem Motto „#DontTouchMySchengen“

Mit großer Sorge nehmen wir Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) die aktuelle Wiedereinführung von Passkontrollen überall in Europa zur Kenntnis. Wir sehen damit die innereuropäische Freizügigkeit als zentrale Errungenschaft europäischer Einigung in Gefahr.

Unter dem Druck des Flüchtlingsstroms droht das Schengen-System auseinanderzubrechen. Immer mehr Länder in Europa führen vorübergehende Grenzkontrollen ein. Damit tritt ein gefährlicher Dominoeffekt in Kraft, an dessen Ende nichts weniger stehen könnte als die Auflösung des europäischen Schengen-Systems mit offenen Binnengrenzen.

David Schrock, Bundesvorsitzender der JEF, meint dazu: „Die Ausnahme ist zur Regel geworden. Unsere offenen Grenzen werden immer häufiger Opfer nationaler Alleingänge. Was wir wirklich brauchen, ist eine Reform des Schengen-Systems. Statt sich verzweifelt an vermeintliche nationale Souveränität zu klammern, muss Europa zusammenhalten. Nur dann ist Schengen und damit auch eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Einigung dauerhaft überlebensfähig.“ Dazu zähle erstens die Einrichtung einer genuin Europäischen Grenzschutzagentur, zweitens die Reform der gescheiterten Dublin-Verordnung sowie die Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik. Ferner sei die Weiterentwicklung von Europol und Eurojust in der Justizpolitik überfällig. Sollten sich einzelne Mitgliedstaaten der Reform des Schengen-Systems verweigern, drohe die europäische Idee zu scheitern. „Nicht zuletzt ist die uneingeschränkte Freizügigkeit fester Bestandteil unserer europäischen Identität. Wenn es um die Bewältigung grenzübergreifender Herausforderungen geht wie die der Flüchtlingskrise, ist Europa keine Frage der Solidarität mehr, sondern eine Frage der Subsidiarität“, so Schrock abschließend.

Aus diesem Anlass hat unser europäischer JEF-Dachverband eine Aktionswoche vom 1. bis 7. Februar unter dem Motto #DontTouchMySchengen ins Leben gerufen. Gegen die Rückkehr zur Kleinstaaterei formiert sich

(nicht nur) in Deutschland Protest. Neben vielen Verbänden und Organisationen (nachlesbar im EBD-Telegramm), selbst dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), hat auch die JEF vernehmbar Stellung gegen die Wiedererrichtung der Grenzen bezogen und mit kreativem Protest ein klares europaweites Zeichen gegen den erstarken europäischen Nationalismus gesetzt. Die Aktionen waren vielfältig und breit gestreut, von Online-Aktivitäten auf Facebook und Twitter unter dem bekannten Hashtag über Flyer bis hin zu Straßenaktionen. Die Kampagne erreichte in den sozialen Netzwerken eine Reichweite von über einer Million Nutzer!

Besondere Beachtung fand unser Protestmarsch am 7. Februar von der deutschen Grenzstadt Perl über die deutsch-luxemburgische Grenze bis nach Schengen. Mit Transparenten und lauten Protestrufen marschierten wir über die Moselbrücke und demonstrierten gegen die derzeitige Politik der Grenzschließungen in Europa. Beide Orte liegen nur einen Steinwurf voneinander entfernt, dennoch hat unsere kurze Straßenblockade für eine lange Autoschlange gesorgt. Vor Ort bekamen wir nicht nur Unterstützung vom Perler Bürgermeister, auch einige Bürger kamen auf uns zu und haben bekräftigt, wie wichtig die offene Grenze für das wirtschaftliche und soziale Leben der Menschen vor Ort ist. Es hat sich gezeigt: Auch vergleichsweise kleine und spontane Aktionen können ein großes Echo hervorrufen. Nicht nur in der Süddeutschen Zeitung fanden wir Erwähnung, auch Spiegel Online berichtete über unsere Aktivitäten vor Ort.

Doch nicht nur JEF-Mitglieder in und aus Deutschland waren aktiv, in ganz Europa gab es Straßenaktivitäten, Foto-Aktionen



und Unterstützungsbekundungen. Unsere Aktion wurde nicht nur von vielen großen Organisationen begrüßt, sondern auch von zahlreichen aktiven Politikern in nationalen Parlamenten und dem EU-Parlament unterstützt. Ralph Kamphöner von der CDU Brüssel und Gabriele Bischoff vom DBG und EWSA unterstützten uns ebenfalls viral.



Der Protestmarsch der JEF in Schengen fand ein großes Medienecho.

Bild: CC-BY-SA 3.0 Christian Weickmann | JEF Deutschland e. V.

Motiviert vom breiten Zuspruch hat die JEF Europa einen offenen Brief an Ratspräsident Donald Tusk gemeinsam mit zahlreichen weiteren europäischen Jugendorganisationen initiiert, in dem sie im Namen aller JEF-Mitglieder und aller Europäerinnen und Europäer dazu aufruft, eine europäische Lösung der aktuellen Probleme in Europa zu finden. Dazu gehört insbesondere ein europäisches Asylsystem mit legalen und geregelten Einreisewegen für Schutz- und Asylsuchende in Kombination mit einer europaweiten Verteilungsquote, die für alle EU-Länder Gültigkeit besitzt.

Verantwortlich: Tilmann Hartung

Dresden freut sich auf die Europa-Union

Der 61. Bundeskongress tagt in Sachsens Landeshauptstadt

Unter dem Motto „Herausforderungen meistern, Errungenschaften bewahren, Grundwerte verteidigen“ wird am 16. und 17. April der 61. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland in der sächsischen Landeshauptstadt tagen. Die Schirmherrschaft übernimmt der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich, der auch als Redner erwartet wird.



Dresden, auch Elbflorenz genannt, lockt mit seiner einmaligen Atmosphäre.

Bild: fotolia/rudi1976

Nach dem Bundeskongress in Leipzig kurz nach der Wende 1991 ist dies erst der zweite Kongress im Freistaat Sachsen. Eine große Sache für den Europa-Union Landesverband Sachsen, der sich just erst wieder neu aufgestellt hat. Landesvorsitzende Katharina Wolf freut sich auf das besondere Ereignis und betont, dass Dresden nicht nur für negative Schlagzeilen rund um Pegida und Rechtsextremismus stehen dürfe, sondern auch die andere,

weltoffene und europafreundliche Seite dargestellt werden müsse. „Dresden freut sich auf die Europa-Union“, betonte Wolf daher insbesondere mit Blick auf die Aufbauarbeit vor Ort.

Die rund 200 Delegierten und Gäste werden sich mit den brennenden europapolitischen Themen auseinandersetzen. Angesichts dessen, dass gegenwärtig die

Grundfesten der Europäischen Union ins Wanken geraten und wir die europäischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte gefährdet sehen, wird die Europa-Union ein öffentliches Bekenntnis für und zu Europa abgeben. Zum Zusammenhalt und zur

Zukunft in der EU gibt es einen Workshop, und insbesondere am zweiten Kongresstag stehen tagespolitische Herausforderungen wie die Flüchtlingskrise, Integration und innere Sicherheit, aber auch die Frage, wie es mit der Weiterentwicklung Europas steht, im Mittelpunkt einer Debatte im Kongressplenum. Einen Schwerpunkt setzt der Kongress auch auf das 25. Jubiläum des Deutsch-Polnischen Vertrags. Daher sind

Vertreter aus Dresdens polnischer Partnerstadt Wroclaw (Breslau), der Europäischen Kulturhauptstadt 2016, eingeladen. Im Rahmen des Kongresses tagen zudem die AG Europäische Wirtschaftspolitik und das neue Netzwerk Kommunalpolitik. Workshops zu den Themen Verbandsentwicklung und „Europa bilden“ stehen ebenfalls auf dem Programm.



Nicht minder attraktiv ist Dresdens Partnerstadt Wroclaw (Breslau). In Verbindung mit dem Kongress in Dresden lohnt sich sicher auch ein Besuch in der Europäischen Kulturhauptstadt 2016.

Bild: fotolia/velishchuk

Interessierte können gerne als Gäste am Kongress teilnehmen. Weitere Informationen sind beim Generalsekretariat in Berlin erhältlich unter Telefon: (030) 3 03 62 01 30, E-Mail: info@europa-union.de.

Europa in der Bewährungsprobe – oder vor dem Zusammenbruch?

Seminarangebot am Himmelfahrtswochenende

Wie steht es um Europa? Diese Frage stellen sich derzeit viele und auch Wohlmeinende kommen ins Grübeln. Die Eurokrise ist zwar aus den Schlagzeilen, aber nicht wirklich verschwunden, die Flüchtlingsfrage stellt die EU nicht nur vor neue Herausforderungen, sie führt auch zu einer Aufkündigung der innereuropäischen Solidarität – und die Briten spielen zum Ausgang.

Stoff genug für ein Seminar, zu dem Europa-Union Deutschland, Europäische Akademie Berlin (EAB) und VHS Diepholz am Himmelfahrtswochenende in die Hauptstadt einladen:

Termin: 4.–8. Mai 2016

Ort: Europäische Akademie Berlin (Grunewald)

Themenschwerpunkte: die Eurokrise, die Flüchtlingsfrage, der mögliche Austritt Großbritanniens, Lage und Perspektiven der Europäischen Union im Jahr 2016

Mehr Informationen zum Programm und zu den Teilnahmebedingungen finden Sie hier: www.europa-union.de/Veranstaltungen oder direkt bei Ilona Rathert (EAB), Tel. (030) 89 59 51 27.

Gemeinsame Akademie von EUD und JEF: Klappe die Zweite!

Nach dem überwältigenden Erfolg der ersten EUD/JEF-Akademie 2015 wollen Europa-Union und Junge Europäische Föderalisten in diesem Sommer wieder ein gemeinsames Akademie-Wochenende gestalten. Europa steckt in der „Polykrise“; das bekommen beide Verbände derzeit hautnah zu spüren – in der öffentlichen Auseinandersetzung um die aktuellen Entwicklungen, aber auch intern mit der zunehmenden Verunsicherungen der eigenen Mitglieder. Das treibt uns an, den „Akademie-Spirit“ von Jena aus dem vergangenen Jahr wieder aufzunehmen und weiterzutragen; damals konnten die Teilnehmer viele neue Ideen mitnehmen, Motivation „tanken“ für ihr weiteres Europa-Engagement und haben Geschmack gefunden an einer engeren Zusammenarbeit von EUD und JEF. Auch diesmal sind Aktive beider Verbände eingeladen, konkret an Konzepten, Rezepten und Argumenten für die gemeinsame Gegenwart und Zukunft unserer beiden Organisationen zu arbeiten. Zur Unterstützung wollen wir Experten „mit Blick von außen“ zu Rate ziehen.

Themenschwerpunkte: Mitgliederwerbung und -bindung, der „Markenkern“ von EUD und JEF, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation und -moderation, Imagepflege u. v. m.

Die Akademie steht allen Mitgliedern offen. Jeder kann mitmachen und sich einbringen!

Datum:
16. – 17. Juli 2016
Ort:
Jugendherberge
Duisburg Sportpark

Konditionen: Die Teilnahme an der Akademie inklusive Übernachtung und Verpflegung (außer Abendessen) ist für Mitglieder kostenfrei. Fahrtkosten werden nicht erstattet.



Daumen hoch für die gemeinsame Akademie von EUD und JEF Bild: EUD

Weitere Informationen und Anmeldungen beim EUD-Generalsekretariat unter der Rufnummer: (030) 3 03 62 01 30, oder per E-Mail an sandra.schumacher@europa-union.de. ■

Europas Grenzen: Wir müssen reden! Europa-Union startet neue Bürgerdialogreihe am 15. März

Anlass zum „Reden“ bieten die dramatischen Entwicklungen in der EU und der Welt derzeit reichlich. Grund genug für die Europa-Union, das bewährte Format ihrer Bürgerdialoge auch in diesem Jahr fortzuführen und an den Erfolg ihrer bundesweiten TTIP-Reihe anzuknüpfen, allerdings mit neuer Schwerpunktsetzung. Diesmal geht es um die Binnen- und Außengrenzen der Europäischen Union. Es geht auch um die Frage, ob das Europäische Projekt an Grenzen stößt. Wie steht es um die Handlungsfähigkeit der EU, ihre Solidarität und die Zukunftsfähigkeit der europäischen Idee?

Bei „Europas Grenzen: Wir müssen reden“ diskutieren Bürger mit Politikern und Experten die Zukunft des Schengen-Raums, die Reisefreiheit, die noch gewichtigere europäische Grundfreiheit der Mo-



bilität, aber auch, wie die Migrationskrise europäisch bewältigt werden kann. Wird Europa zur Festung? Gibt es Alternativen? Braucht es im Inneren wieder Grenzkontrollen, Mauern und Zäune gar? Oder ge-

fährden diese den europäischen Zusammenhalt und am Ende unsere Freiheit? Wie steht es um die Errungenschaften der Freizügigkeit, die offenen Grenzen im Inneren Europas?

Los ging es am 15. März in Erfurt. Fünf weitere Veranstaltungen in verschiedenen Städten sind geplant. Diskutiert werden kann nicht nur vor Ort, sondern auch wieder in den Sozialen Medien und über die Plattform „Publixsphere“.

Nächste Termine:

04. Mai: Augsburg, Rathaus
26. Mai: Hamburg, Rathaus

Mehr Informationen und Anmeldungen zu den Veranstaltungen unter: www.eud-buergerdialoge.de ■

Schleswig-Holstein

Zweites Europäisches Frühstück in Oldenburg

In Oldenburg i.H. fand zum zweiten Mal das Europäische Frühstück statt. Ziel der Veranstaltung war die Darstellung der Lebensgeschichten von zehn Oldenburger Familien mit ausländischem Hintergrund. Über 100 Gäste waren zu dem Frühstück erschienen. Diese Familien waren – teilweise vor vielen Jahren – als Flüchtlinge oder Vertriebene in Oldenburg i.H. gelandet. Mittlerweile haben sie sich erfolgreich in die Gemeinschaft und Gesellschaft eingebunden.

Die zum Teil recht lebhaft und eindrucksvoll geschilderten positiven und auch anstrengenden Erfahrungen und Lebensläufe zogen die Gäste in ihren Bann, weil sie ausgesprochen überzeugend und authentisch vorgetragen wurden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Henning Andrees. Er fügte das bunte Bild der Vortragenden Gäste zu einem spannenden und informativen Vormittag zusammen. Insgesamt eine interessante und sehr gut besuchte Veranstaltung mit der positiven Ausrichtung auf gelungene Integration.

Sankelmarker Europagespräch zum Thema Flüchtlinge

Gemeinsam veranstalteten die Academia Baltica und die Europa-Union Flensburg das „Sankelmarker Europagespräch“. In einer von Roland Hartmann (Vorsitzender Europa-Union Flensburg) moderierten Podiumsdiskussion stellten sich Reimer Böge MdEP, Thomas Nolte (Pastor), Thomas Dethleffsen (Ratsherr der Stadt Flensburg) und der Geflüchtete Amirmokhtar Asadi dem Thema „Flüchtlinge – Eine Herausforderung für Europa“.

Reimer Böge: „Seit der Zuspitzung der Flüchtlingskrise im Sommer 2015 wurden seitens der EU neue Programme aufgelegt und durch Haushaltsumschichtungen bzw. -aufstockungen mit Finanzmitteln unterlegt. Das Parlament und der Rat haben bei ihrer



Das Podium des Botschaftergesprächs (v. l. n. r.): Prof. Michael Stöber, Prof. Ernst Johansson, Botschafter Georges Santer, Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann
Bild: EUD Schleswig-Holstein

Vereinbarung zum Haushalt 2016 sämtliche verfügbaren Margen ausgeschöpft und darüber hinaus 1,5 Mrd. EUR bereitgestellt. Damit stehen 2015/16 insgesamt 9,2 Mrd. EUR (davon 2,9 Mrd. ‚frisches Geld‘) für die Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Umgang mit den Flüchtlingen und zur Abwendung einer humanitären Katastrophe in der europäischen Nachbarschaft bereit.“

Gemeinsam gegen Steuerbetrug

Am 1. Juli hatte Luxemburg zum zwölften Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Das Großherzogtum wollte die Präsidentschaft auch nutzen, um den Kampf gegen Steuerbetrug in Europa zu verstärken. S.E. Botschafter Georges Santer wies darauf hin, dass viele der ambitionierten ursprünglichen Ziele der Ratspräsidentschaft von den akuten Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingskrise überschattet würden. Dieses Thema beherrsche derzeit zu Recht die öffentliche Debatte. Dennoch wolle Luxemburg auch die weniger prominenten, auf längere Sicht aber ebenso wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen angehen. Eine bessere Abstimmung im Bereich der Steuergesetzgebung müsse auch in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Professor Michael Stöber von der Christian-Albrechts-Universität Kiel betonte, dass die Europäische Union im Bereich der Steuer-

gesetzgebung über nur wenige direkte Kompetenzen verfüge. Nicht erst seit dem Lux-Leaks Skandal im vergangenen Jahr sei die Kommission zwar an einer weiteren Harmonisierung und Vereinheitlichung insbesondere der Unternehmenssteuer in Europa interessiert. Das Interesse der Mitgliedstaaten, Brüssel beim Budgetrecht mitreden zu lassen, sei jedoch traditionell gering. Langsam beginne hier aber ein Umdenken. Die Steuersouveränität der Mitgliedstaaten dürfe nicht zum Prinzip der „doppelten Nicht-Besteuerung“ verkommen. In diesem Zusammenhang sei auch der Richtlinienentwurf zur „Konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage“ zu sehen. Er liege bereits seit Jahren vor, sei aber im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen neu in der Diskussion. Das Verfahren vereinfache auch das Prozedere für betroffene Unternehmen. Auch die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen nationalen Steuerbehörden solle verbessert werden.

Einige wichtige Punkte seien unter den Mitgliedstaaten aber weiterhin strittig. Botschafter Santer machte allerdings deutlich, dass die Richtlinie nicht am Widerstand seines Landes scheitern werde. Mit der Veröffentlichung von Steuervorbescheiden sei Luxemburg vielmehr mit gutem Beispiel voran gegangen. Eine effektive Harmonisierung der Steuergesetzgebung müsse aber gemeinsam mit der OECD und den G20 geschehen. Darin stimmten Botschafter Santer und Professor Stöber überein.

Verantwortlich: Henrike Menze

Saarland

Saarländischer Gesetzgeber stärkt Europa- und Frank- reichinformationen in Rundfunkangeboten

Mit der am 11. Dezember 2015 in Kraft getretenen Novelle des Saarländischen Mediengesetzes hat der Landtag des Saarlandes auf Initiative der Europa-Union Saar die Berichterstattung über europäische und grenzüberschreitende Fragen entscheidend gestärkt.

Die saarländischen Rundfunkprogramme sollen zukünftig nicht nur die interregionale Zusammenarbeit und die internationale Verständigung fördern. Sie sollen auch Gedenk- und Feiertagen, auch in benachbarten Ge-

bietskörperschaften, in angemessener Weise Rechnung tragen. So erfährt z. B. der 14. Juli erstmalig nicht nur in Frankreich, sondern auch in einem Bundesland Deutschlands besondere Aufmerksamkeit.

Auch bei der Organisation des Saarländischen Rundfunks erfährt die Frankreich-Strategie des Saarlandes eine Stärkung: Die Europa-Union Saar kann sich zukünftig zusammen mit der Deutsch-Französischen Gesellschaft Saar, dem Sprachenrat Saar, der Union des Français de Sarre, der Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit, der Deutsch-Französischen Hochschule sowie dem MedienNetzwerk SaarLorLux auf die Entsendung von zwei Vertretern in den Programmbeirat des SR verständigen. Der Intendant des SR hat diesen Institutionen einmal im Jahr zu berichten und mit ihnen die deutsch-französischen Aktivitäten des Saarländischen Rundfunks zu erörtern.

Diese bislang im ARD-Verbund einmalige mediale Berücksichtigung der deutsch-

französischen Freundschaft ist gerade in Zeiten europäischer Krisen von besonderer Bedeutung, betonte Dr. Jörg Ukrow, Vorsitzender der Europa-Union Saar.

Der Jahresauftakt 2016 des Verbandes stand in guter Tradition im Zeichen der Kultur. Gemeinsam mit der Deutsch-Französischen Gesellschaft und dem Richard-Wagner-Verein und gefördert durch die Stiftung Europäische Kultur und Bildung veranstaltete die Europa-Union das traditionelle Neujahrskonzert mit dem Landesjugend-Sinfonieorchester. Der Ehrenvorsitzende der Europa-Union Saar, Arno Krause, erinnerte aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums dieser Veranstaltung nicht nur an die Ursprünge, sondern warb in seiner engagierten Begrüßung der Konzertbesucher für ein verstärktes europäisches Engagement gegen die neuen Tendenzen von Nationalismus, Ressentiments und Rechtspopulismus in Europa.

Verantwortlich: Dr. Jörg Ukrow

Verband Brüssel

Europäische Lösung!

Keller und Ferber diskutierten mit Brüsseler Praktikanten über Flüchtlingskrise

Die Flüchtlingskrise verlangt nach einer europäischen Lösung: Darin waren sich die Abgeordneten Ska Keller und Markus Ferber einig. Die profilierten Europaparlamentarier von Bündnis 90/Die Grünen und der CSU waren am 2. Dezember der Einladung des Brüsseler Verbandes der Europa-Union Deutschland gefolgt.

Mit über 50 deutschsprachigen Praktikantinnen und Praktikanten aus den EU-Institutionen, Bund- und Ländervertretungen und Verbänden diskutierten sie die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise und skizzierten mögliche politische Lösungen. Ferber unterstrich

die Notwendigkeit zu EU-weiter Kooperation, sah das Europäische Parlament in der Rolle des Schrittmachers und kritisierte die EU-Mitgliedstaaten für ihre Blockadehaltung in der Flüchtlingskrise. Keller betonte die Bedeutung einer fairen Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Staaten und plädierte für eine bessere Ausstattung der Flüchtlingslager in den Nachbarstaaten Syriens. Während Keller forderte, das nicht länger funktionierende Dublin-System zu ersetzen, ist es laut Ferber geboten, dem gelten den Recht zur wirksamen Durchsetzung zu verhelfen. Entschlossen lehnten Keller und Ferber Ausnahmen vom Schengener System der Freizügigkeit ab.



*(v.l.n.r.) Ska Keller MdEP, Moderatorin Juliane Rinas (EUD Brüssel), Markus Ferber MdEP
Bild: EUD Verband Brüssel*

Mit der Mittagsrunde, die der Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen sein soll, möchte der Brüsseler EUD-Vorstand noch stärker als bisher Praktikantinnen und Praktikanten zur gemeinsamen Diskussion animieren und sie mit unserem Verband bekannt machen.

Verantwortlich: Philipp Rosset

Rheinland-Pfalz

Flüchtlingspolitik in Europa

Auf Einladung des Landesverbandes, der Landeszentrale für Politische Bildung und des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Integration an der Uni Mainz diskutierten mit über 200 Teilnehmenden der Autor und Regisseur Michael Richter, Professor Dietrich Thränhardt, Uni Münster, Maik Boldau, ehemaliger Leiter mehrerer Flüchtlingsunterkünfte in Brandenburg, und Dr. Natascha Zaun, Uni Mainz, über die Herausforderungen der Migration und Integration für Europa und Deutschland.

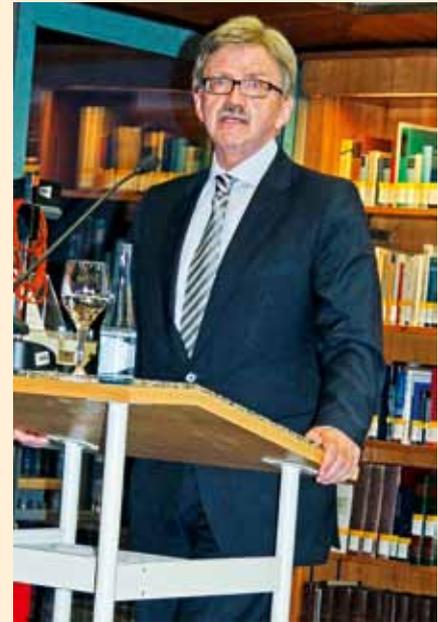
Laut Richter waren schon seit 2012 verstärkte Fluchtbewegungen absehbar, da Millionen Kriegsflüchtlinge in Lagern in der Türkei und im Libanon ohne Perspektive untergebracht waren. Zaun stellte fest, die Politik habe erst reagiert, als die Probleme akut vor der Tür standen. Ein einheitliches Vorgehen des Europäischen Parlaments, der Kommission und des Rates sei notwendig, dies sei bisher an der nationalistischen Politik von Mitgliedstaaten gescheitert. Nach Boldau war es notwendig, Hilfe zu leisten. Nun müssten sich die EU-Mitgliedstaaten endlich auf eine solidarische Lösung einigen. Thränhardt forderte, die Flüchtlinge müssten schneller über

ihr Schicksal Bescheid wissen. Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft sollten ihre Anstrengungen auf die Integration derjenigen Flüchtlinge konzentrieren, die hier verbleiben werden. Aus dem Teilnehmerkreis wurde von der Politik eine ehrlichere Diskussion über Herausforderungen und Erfolge angemahnt.

Mayen-Koblenz

Wege aus der Krise?

Europaabgeordneter Dr. Werner Langen sprach über die aktuellen EU-Herausforderungen. Er benannte die Krisenherde Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien. Mit den Folgen werde sich Europa noch lange befassen müssen. Ursächlich, so Langen, sei das verfehlte Eingreifen der USA in diesen Ländern. Europa stehe vor einer Zerreißprobe angesichts fehlender Solidarität der Mitgliedstaaten. Zudem verlange Premier Cameron tiefgreifende Veränderungen der Gemeinschaft, die den Zusammenhalt und erst recht das weitere Zusammenwachsen in Frage stellten. Die EU war als Wirtschaft- und Währungsgemeinschaft gedacht, es fehlten ihr noch immer Handlungsmöglichkeiten in der Außen- und Verteidigungspolitik. Der Prozess der Integration und Stärkung der EU müsse weitergehen, nur so könnten die Finanzkrise und die Flüchtlingsproblematik bewältigt werden. Eine Rückkehr zu einzelstaatlichem Handeln und Abschottung sei keine Option.



Thomas Mann MdEP war zu Gast in Trier.

Bild: EUD Trier

Trier

Kontinent ohne Kontur?

Gemeinsam mit der Deutsch-Französischen Gesellschaft konnte der Kreisverband den EUD-Vizepräsidenten Thomas Mann MdEP als Referenten für das Thema: „Kontinent ohne Kontur? Herausforderungen für Europas Bürger und Parlamente“ gewinnen. Bei all den aktuellen Herausforderungen käme, so Mann, schnell die Meinung auf, Europa fände nicht statt. Dabei seien die Lösungen nur durch gemeinsames Handeln der Mitgliedstaaten zu schaffen. Diese pochten aber zu oft auf ihre eigenen Souveränitätsrechte. Bedenklich seien die Erstarkung nationalistischer Parteien und die Renationalisierung wie in Ungarn und Polen. Zu Großbritannien meinte er, dass England schon alleine aus wirtschaftlichen Gründen gut beraten sei, in der Union zu bleiben. Er zitierte Kommissionspräsident Juncker: „Wir haben zu wenig Union in der Union.“ Das gelte z.B. auch für die Asylpolitik und die Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Nach den Attentaten in Paris seien ebenfalls keine einheitlichen Antworten zu erkennen, wie der Terrorismus zu bekämpfen sei. Die Schließung und Überwachung der Grenzen empfänden die Menschen als Einschränkungen der Freizügigkeit und des Schengen-Vertrages.



(v.l. n.r.) Michael Richter, Professor Dietrich Thränhardt, D. Hohmann (Moderation), Mike Boldau, Dr. Natascha Zaun
Bild: S. Ndongala

Verantwortlich: Anna Schneider

Nordrhein-Westfalen

Überparteilich heißt nicht positionslos!

Klausurtagung beriet über aktuelle Themen

Mehr als 25 Teilnehmer diskutierten bei der Klausurtagung des Landesverbandes in Rech an der Ahr über die aktuellen Entwicklungen in Europa. Nicht nur die Flüchtlingsthematik und extremistische Tendenzen in einigen EU-Staaten waren die Themen, sondern auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Freihandelsabkommen und der europäische Binnenmarkt. Dabei wurde der Wunsch deutlich, dass von Seiten des Verbandes mehr Informationen für die tägliche Arbeit vor Ort zur Verfügung gestellt werden sollten. So haben die Beteiligten sich vorgenommen, stärker als bisher den Versuch zu wagen, europapolitische Positionen auch unter dem Aspekt der Überparteilichkeit zu formulieren, verbandsintern abzustimmen und den Akteuren vor Ort zur Verfügung zu stellen.

Mit den Themen Mitgliederentwicklung und kommunale Vernetzung wurde ein weiterer Schwerpunkt der Tagung gesetzt.

So stellte Heinz-Wilhelm Schaumann ein Konzept vor, mit dem nicht nur Kommunalpolitiker, sondern auch andere Akteure z.B. aus dem Bereich der Städtepartnerschaften und der kommunalen Verwaltung angesprochen, für europäische Bezüge ihrer Arbeit sensibilisiert und für die Mitwirkung gewonnen werden könnten. Interessierte können sich bereits jetzt über die Internetseite des Bundesverbandes unter <http://www.europa-union.de/ueber-uns/netzwerke/kommunalpolitik/> vormerken lassen, um weitere Informationen und Angebote zu erhalten.

Die JEF NRW startet durch!

Neben den bereits gut laufenden Veranstaltungen erweiterten die jungen Europäer 2015 ihr Portfolio an Aktionen und Veranstaltungsformaten und wollen auch 2016 mit der gleichen Dynamik fortfahren. Nach der gelungenen Fahrt nach Bosnien-Herzegowina im vergangenen Jahr ergänzt in diesem Jahr eine Studienreise in den Kosovo die jährlichen Touren nach Brüssel und Straßburg.

Ebenfalls im internationalen Bereich engagiert sich die JEF NRW in der neu errichteten Kooperation im Rahmen des Weimarer Dreiecks. Zusammen mit der JEF Bordeaux

und der JEF Polen treffen sich Vertreter der JEF NRW im August in Warschau und Krakau.

Auch in NRW selbst wurden die Veranstaltungen zahlreicher und differenzierter. Die Simulation des Europäischen Parlaments (SimEP), die bereits seit 2011 fester Programmpunkt in NRW ist, fand alleine im Jahr 2015 in sechs unterschiedlichen Städten statt und auch das Netzwerktreffen „Junges Netzwerk für Europa“, das zusammen mit der Staatskanzlei NRW und der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn durchgeführt wird, ging in das zweite Jahr und soll auch 2016 wieder fortgesetzt werden.

Alle Mitglieder der Europa-Union bis zum 35. Lebensjahr finden auf der neu gestalteten JEF-Internetseite unter www.jef-nrw.de eine interaktive NRW-Karte und weitere Angebote zusammen mit dem neuen JEF-Logo in modernem Design, ergänzt um weitere Kommunikationsmöglichkeiten via Facebook und Twitter.

Zu den sechs Kreisverbänden der JEF in Aachen, Bonn, Düsseldorf/Duisburg, Köln, Münster und dem Ruhrgebiet steht bei zwei weiteren die Gründung kurz bevor. Dies schlägt sich dank des regen Engagements der Aktiven vor Ort auch in den steigenden JEF-Mitgliederzahlen nieder. Besonders bewährt haben sich Formate der lokalen Sektionen wie regelmäßige Stammtische, um Veranstaltungen zu planen, neue Leute kennenzulernen, andere Organisationen zum Networking einzuladen oder um über aktuelle europäische Politik zu diskutieren. Eine breite Öffentlichkeit lernt durch Podiumsdiskussionen und moderierte Streitgespräche europäische Themen auf differenzierte Art und Weise kennen. Darüber hinaus sind weitere Konzepte insbesondere für eine bessere Einbindung von Schülerinnen und Schülern in der Planung. Wo es machbar ist, wäre eine stärkere Zusammenarbeit mit den Verbänden der Europa-Union vor Ort wünschenswert, um die Möglichkeiten beider Verbände besser zu nutzen und noch mehr Menschen vor Ort zu erreichen. Die JEF NRW ist bereit für ein weiteres Jahr spannender Aktionen in, um und über Europa.



Intensive Diskussionen im Kreis der Tagungsteilnehmer

Bild: EUD NRW

Verantwortlich: Kirsten Eink

Niedersachsen

2016 – ein gutes Jahr für Europa?

Die Delegierten der Landesversammlung hatten im Oktober mit der einstimmigen Annahme der Resolution „Europa – unsere Chance“ bekräftigt, dass nur ein föderales, demokratisches und vereintes Europa die Chance auf Frieden, Freiheit, Menschenrechte und Prosperität garantiert. Leider aber entwickelt sich Europa angesichts der aktuellen Flüchtlingskrise immer weiter weg von einer Werte- und Sozialgemeinschaft und zunehmend hin zu einer Rückkehr in nationale oder gar nationalistische Denkmuster.

2015 war daher im Rückblick kein gutes Jahr für Europa. Zwar ist die Finanz-, Banken- und Staatsschuldenkrise überwunden worden, es geht in fast allen europäischen Ländern mit Ausnahme von Griechenland wirtschaftlich bergauf. Eine wirksame Bankenaufsicht und -haftung wurde geschaffen. Auch der Frieden in der Ukraine und in Libyen ist dank der EU-Vermittlung in greifbare Nähe gerückt. Dennoch wurde 2015 zu einem Jahr voller Probleme und Enttäuschungen, weil die EU elementare Werte der Gemeinschaft unter dem Ansturm von mehr als einer Million Flüchtlingen aufgegeben hat. Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen im Schengenraum wurde eingeschränkt, Grenzzäune wieder neu errichtet. Eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Länder wurde von einigen Mitgliedstaaten als Erpressungsversuch zurückgewiesen. Dies alles sind bedenkliche Auflösungserscheinungen einer eigentlich starken EU. Man rüttelt an den Grundfesten der Gemeinschaft und sucht viel zu oft nur noch nationale Vorteile, politisch getrieben von den rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen.

Ohne die EU gäbe es weniger Frieden und Sicherheit, weniger Wohlstand und weniger Lebensqualität. Es bleibt Ziel aller Mitglieder und Freunde der Europa-Union, am Fortbestand der europäischen Integration weiter zu arbeiten. Alle Krisen in den Mitgliedstaaten der EU während der vergangenen Jahre haben unter Beweis gestellt, dass zu ihrer Bewältigung mehr Europa erforderlich ist –

und nicht weniger. Universelle Herausforderungen wie Klimawandel, Umweltkatastrophen, Hungersnöte und Fluchtbewegungen erfordern zukunftsweisende Konzepte und Kooperationen auch der EU-Mitgliedstaaten als Gemeinschaft.

Nichts unterstreicht diese Notwendigkeit zu abgestimmtem gemeinsamen Handeln mit seiner politischen und ethischen Tragweite stärker als die humanitäre Katastrophe, die sich seit Monaten an den Außengrenzen der EU und in zu vielen Mitgliedstaaten ereignet. Es ist ein fundamentaler Trugschluss zu meinen, derartigen Herausforderungen einzelstaatlich und mit nationalstaatlicher Souveränität begegnen zu können. Anrainerstaaten der EU am Mittelmeer mit Maßnahmen zur Grenzsicherheit, der Bekämpfung von Schleuserbanden, schließlich der Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen viel zu lange allein zu lassen und die Aufnahme von großen Mengen an Flüchtlingen ausschließlich auf einige wenige Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Schweden „abzuschieben“, charakterisiert die EU wahrlich nicht als überzeugende Solidargemeinschaft.

Es ist daher dringend geboten, internationale Lösungen einzufordern und durchzusetzen – in der Europäischen Union wie in den Vereinten Nationen. Die EU muss Zeichen setzen:

- mit einem solidarischen europäischen Einwanderungsrecht, in dem abgestimmte Regelungen für Asyl-, Aufnahme- und Integrationsverfahren verbindlich sind,
- mit strikter Umsetzung zuwanderungspolitischer Gemeinschaftsregeln, die Vertragsverletzungsverfahren überflüssig machen,
- mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die zu Lösungen in den Krisengebieten und deren Nachbarstaaten beiträgt.



Beim Kreisverband Hameln wurden Arbeiten der Bundes- und Landessieger im Europäischen Schulwettbewerb der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Verleihung von Preisen der Europa-Union wurde in eine Vortragsveranstaltung mit Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller zum Thema „Soziales Europa“ integriert. Die Arbeiten der Preisträger und der spannende Vortrag beeindruckten die rund sechzig Gäste.
Bild: EUD Hameln

Politische Souveränität in internationalen Angelegenheiten gewinnen die Mitgliedstaaten der EU nicht durch einzelstaatliche Alleingänge oder innergemeinschaftliche Fraktionierungen, sondern nur durch eine kohärente Vertretung in der und durch die Gemeinschaft. Unsere Zukunft ist nicht ein Europa der Nationalstaaten, sondern eine handlungsfähige Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten in Frieden, Freiheit, Demokratie, Recht und Solidarität. Es bleibt zu hoffen, dass diese Einsicht wieder in die europäische Politik zurückkehren wird und 2016 ein gutes – oder zumindest besseres – Jahr für Europa wird.

Neuer Kreisverband Hannover gegründet

Mit großer Freude kann die Europa-Union Niedersachsen die Reaktivierung ihres Kreisverbands in der Landeshauptstadt Hannover vermelden. Vorbereitet vom Vorstandsmitglied Gerhard Thiel wurde in Anwesenheit des Landesvorsitzenden Wolfgang Zapfe ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzender und Kassenswart ist Bernd Wolf, 2. Vorsitzender Lars Baumann, Schriftführer Burkhard Fandrich und Beisitzer sind Philipp Richter sowie Lennard Tiemann.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Hessen

Lahn-Dill

Investition in die Zukunft

Sind Städtepartnerschaften für junge Menschen noch attraktiv? Was muss getan werden, um junge Gesichter für Austausch und Völkerverständigung zu begeistern? Fragen, die Anlass für die politische Bildungsfahrt ins steirische Schladming, der Partnerstadt von Wetzlar, waren. Mehr als 30 Personen, Akteure und Teilnehmer aus Deutschland und Österreich gestalteten vom 4. bis 6. Dezember 2015 ein intensives Programm parallel zu dem vor Ort gleichzeitig ausgetragenen Festival SNOW BREAK EUROPA und dem örtlichen Ski-Opening.



Austausch in den Bergen rund um Schladming

Bild: EUD Lahn-Dill

„In der Partnerschaftsarbeit fehlen junge Leute!“, so die ernüchternde Feststellung von Sven Ringsdorf, Kreisvorsitzender der 1953 gegründeten NGO.

Auf dem Programm stand zunächst ein Empfang im Stadtmuseum, in dem die jungen Teilnehmer von der 1. Vizebürgermeisterin Elisabeth Krammel, Alt-Bürgermeister Hermann Kröll, Partnerschaftsausschussvorsitzendem Lukas Seyfried sowie Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderates empfangen wurden. Inhaltlich diskutierten die Anwesenden die Anfang des Jahres durchgeführte Gemein-

destrukturreform des Landes Steiermark, die dazu geführt hat, dass Schladmings Nachbargemeinden Rohrmoos-Unterthal und Pichl-Preunegg als Stadtteile in die Stadtgemeinde Schladming eingegliedert wurden.

Dass Schladming damit auch die Städtepartnerschaft von Rohrmoos-Unterthal zu Braunfels „geerbt“ hat, führte dazu, dass die steirische Stadtgemeinde seit Anfang 2015 sowohl mit Wetzlar als auch mit Braunfels verschwistert ist.

Die dreitägige Bildungsreise wurde mit eintausend Euro durch die Europa-Union Lahn-Dill bezuschusst, um die Fahrt attraktiv für junge Menschen aus dem Lahn-Dill-Kreis zu machen. Die Teilnehmer im Alter zwischen 19 und 30 Jahren sollen die Partnerschaft zukunftsfähig mitgestalten. Gleichzeitig war die Städtereise auch Gegenbesuch zum von der Europa-Union im Mai 2015 veranstalteten Jugendwork-

shop in Wetzlar. In einer Woche hatten sich Schüler aus vier Wetzlarer Partnerstädten mit einheimischen Jugendlichen Gedanken zu Europas Zukunft gemacht.

Erfreut zeigte sich allen voran Alt-Bürgermeister Hermann Kröll über die positive Entwicklung. Als ehemaliger Bürgermeister, Landtags- und Nationalratsabgeordneter fördere er seit vielen Jahrzehnten die Partnerschaft zum mittelhessischen Wetzlar.

In ihrem gemeinsamen Resümee sind sich Sven Ringsdorf und die stellvertretende

Kreisvorsitzende der Europa-Union Lahn-Dill, Kim Pentarakis (Hüttenberg), einig:

„Unsere Partnerschaft lebt. Für die nächsten Jahre braucht sie aber noch mehr junge Mitstreiter, die über Freundschaften und Kontakte den europäischen Gedanken gerade 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs vorantreiben!“

Kassel

Europauniversität in jedem EU-Land

Die Krise in Griechenland ist nur zu überwinden, wenn dort zusätzlich zu den dringenden Reformen der Verwaltung und der Sozialsysteme ein Investitionsprogramm für neue Arbeitsplätze gestartet wird. Dieses muss seinen Schwerpunkt im Tourismus und in der Erzeugung erneuerbarer Energien haben. Hier ist Griechenland konkurrenzfähig. Dies erläuterte Hans Eichel auf einer Veranstaltung der Europa-Union und der Deutsch-Griechischen Gesellschaft in Kassel zum Thema „Der Euro und Griechenland“ am 15. Dezember vor über 100 Teilnehmern im voll besetzten Stadtteilzentrum des Vorderen Westens.

Eine Leuchtturmfunktion hätte es, wenn die Europäische Union in jedem Mitgliedsland eine Spitzenuniversität gründen würde. „Gute Hochschulen sind Magneten für Wissenschaftler und Kapital. In ihrem Umfeld entstehen Unternehmen und Arbeitsplätze. Genau das braucht Griechenland jetzt“, so Eichel.

In der Diskussion wurde deutlich, dass der Euro für eine funktionierende Wirtschaft unverzichtbar ist. Würde Griechenland zur Drachme zurückkehren, wäre es der Währungsspekulation der internationalen Finanzmärkte gnadenlos ausgeliefert. Die Unternehmen hätten keine verlässliche Kalkulationsgrundlage für Handel und Dienstleistungen. Ebenso müsse die Vereinigung Europas voranschreiten. Denn die einzelnen europäischen Nationen haben keine Chance, sich allein gegen die USA und China, die Supermächte des 21. Jahrhunderts, zu behaupten.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Baden-Württemberg

Europa-Union zeigte Präsenz bei Parteitag

Der Kreisverband Karlsruhe und Mitglieder des Landesvorstandes unterstützten den Bundesverband bei der Betreuung des Infostandes der Europa-Union auf dem Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe. Der Stand wurde von vielen hochrangigen Mandatsträgern wie Bundestagspräsident Norbert Lammert, dem früheren EUD-Präsidenten Hans-Gert Pöttering, Bundesinnenminister Thomas de Maizière, UEF-Präsident Elmar Brok MdEP sowie von den Spitzenkandidaten Julia Klöckner und Guido Wolf besucht.

Die Europa-Union und die Jungen Europäer/JEF setzten mit einem Infostand beim Landesparteitag der FDP in Fellbach ihre Präsenz bei Parteitag fort. Zahlreiche Mandatsträger aus der FDP, die Mitglied der Europa-Union sind, besuchten den Infostand.

Calw

Neuer Kreisvorstand

Der Kreisverband hat sich neu aufgestellt: Zum neuen Vorsitzenden wurde der langjährige Landesgeschäftsführer der Europa-Union Hans-Dieter Teske aus Bad Liebenzell bestellt. Seine Stellvertreterin ist die Studienleiterin des Internationalen Forums Bad Liebenzell, Gertrud Gandenberger aus Calw. Schatzmeister ist künftig Tobias Roller aus Bad Wildbad. Komplettiert wird der neue Vorstand durch den Liebenzeller Gemeinderat Klaus Bounin.

Rhein-Neckar /Heidelberg

Frankreich

Vier Wochen nach den Terroranschlägen berichtete der Journalist der französischen Tageszeitung „Le Monde“ Daniel Vernet darüber, wie Paris die Morde verarbeitet. International beginne sich eine Allianz gegen den IS zu formieren. Mitentscheidend dafür, wie rasch und überzeugend die

terroristischen Gefährdungen überwunden werden, werde sein, wie innergesellschaftlich interkulturelle Probleme gelöst werden. Nach einführenden Bemerkungen diskutierte Daniel Vernet mit Dr. Erika Mursa (Deutsch-Französischer Kulturkreis Heidelberg), Markus Stephani (Deutsch-Französische Vereinigung Rhein-Neckar) und Guilhem Zumbaum-Tomasi (Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte). Moderiert wurde die Diskussion von Professor Gert Weisskirchen.

Neckar-Odenwald

Karl-Heinz Nesper bestätigt

Die Mitgliederversammlung stand ganz im Zeichen der Diskussionen um TTIP und die Flüchtlingspolitik. Landrat Dr. Achim Brötel betonte in seinem Grußwort, dass trotz vieler gegenläufiger Entwicklungen der Kampf um die Europäische Idee fortgesetzt werden müsse. Bei den Neuwahlen wurde Karl-Heinz Nesper als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Dr. Dorothee Schlegel MdB, Fritz Diehm, Dr. Thomas Ulmer, Dorothee Roos und Fabian Berger gewählt. Schriftführerin bleibt Monika Maissenhälter und Schatzmeister Thomas Held. Als Beisitzer wurden Bürgermeister Thomas Ludwig, Christopher Mahler und Dominik Marzini gewählt. Im Anschluss referierte Alois Gerig MdB über die aktuelle Situation in Europa aus bundespolitischer Sicht.

Karlsruhe

Staufermedaille

Auf Vorschlag des OV Albgau wurde Gerhard Laier aus Ettlingen mit der Staufermedaille ausgezeichnet. Europaminister Peter Friedrich überreichte die Auszeichnung des Landes in der Villa Reitzenstein. Gerhard Laier wurde ausgezeichnet für seine Arbeit in der Deutsch-Russischen Gesellschaft Ettlingen und im Vorstand des Bundesverbands Deutscher West-Ost-Gesellschaften. Zudem gratuliert der Kreisverband seinem Mitglied Sebastian Schrempp zur Wiederwahl als Oberbürgermeister der Stadt Rheinstetten.

Heilbronn

Schickhardt-Route

Mitglieder der Europa-Union und weitere interessierte Bürger fuhren an den Geburtsort von Heinrich Schickhardt nach Herrenberg und danach weiter über Altensteig nach Freudenstadt, um sich besser mit der europäischen Kulturstraße „Heinrich Schickhardt“ und den Aufgaben und Ideen des Europarates vertraut zu machen. Die Fahrt entlang dieses europäischen Kulturweges wird kommenden April fortgesetzt und unter anderem auch bis nach Mömpelgard führen. Die letzte Etappe auf den Spuren Schickhardts wird voraussichtlich in Stuttgart enden, wo der württembergische Hofbaumeister 1635 ermordet wurde.

Junge Europäer/JEF

Landesjugendring

Die Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg hat am 28. November 2015 über die Aufnahme der JEF in den Arbeitskreis beraten. Mit positivem Ergebnis: Die JEF ist nun eines der insgesamt rund 30 Mitglieder des Landesjugendrings und erhofft sich durch dieses Netzwerk, in den Köpfen junger Menschen noch präsenter zu werden. Außerdem ergeben sich für die vielfältigen Aktivitäten und Aktionen eventuell finanzielle Unterstützungen.

Unter dem Motto „Energie, Klima, Umwelt: Europa mit Blick auf die COP 21“ fanden die Straßburger Gespräche 2015 statt. Anlässlich der 21. Konferenz der UN zum Klimawandel (COP 21), die nur eine Woche später in Paris stattfand, standen die Wechselwirkungen zwischen lokaler und europäischer Umweltpolitik sowie Ablauf und Auswirkungen der internationalen Klimapolitik im Fokus des Seminars. In Workshops haben sich rund 80 junge Europäerinnen und Europäer aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland über die Themen der COP 21 ausgetauscht. Auf dem Programm standen unter anderem eine Auftaktkonferenz, Workshops zu globalen und lokalen Dimensionen der Klimapolitik und ein gemeinsamer interkultureller Kochabend.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Berlin

Spannende Diskussion mit dem Botschafter Luxemburgs

Im zweiten Halbjahr 2015 hatte das Großherzogtum Luxemburg die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union inne. Am 3. November lud die Europa-Union Berlin gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft zur Diskussion mit Georges Santer, dem Botschafter Luxemburgs in Deutschland, 50 Berlinerinnen und Berliner kamen der Einladung in die luxemburgische Botschaft nach. Moderiert wurde der Abend von der Landesvorsitzenden Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP.



Landesvorsitzende Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP im Gespräch mit Botschafter Georges Santer

Bild: EUD Berlin

Santer machte deutlich, dass die EU nach wie vor ein Friedensprojekt sei. Für alles, was wir in der Europäischen Union erreicht haben, müssen wir weiterkämpfen, denn Erreichtes könne auch wieder verloren gehen. Dazu dürfe es nicht kommen, so Santer. Er gab Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Recht, der vor dem Europäischen Parlament beklagt hatte, es gäbe zu wenig Europa und zu wenig Union in der EU.

Nach dem Zweiten Weltkrieg habe es einen Optimismus und eine Euphorie gegeben für das Europäische Projekt und die europäische Integration. Dieser Enthusiasmus sei verloren gegangen und müsse wie-

dererweckt werden. Santer betonte, nicht die aktuelle Flüchtlingspolitik sei Quelle für eine zunehmende europakritische oder rechtspopulistische Debatte. Die zunehmenden Zweifel am Europäischen Projekt hätten bereits Ausdruck gefunden in den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 und seien daher nicht neu. Es müsse eine stärkere Diskussion um die Werte geben, auf denen die Europäische Union begründet sei. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die Praxis vieler Regierungen in Europa, die Schuld für Fehlentwicklungen oder Probleme in der EU auf Brüssel zu schieben, aber sich alle Erfolge auf die eigenen Fahnen zu schreiben. So könne kein Vertrauen in die EU-Institutionen entstehen. Am Ende würden die Mitgliedstaaten sich dadurch nur selber schaden, so Santer.

Die europäische Flüchtlingspolitik sei zunächst kein Schwerpunkt der Ratspräsi-

dentschaft Luxemburgs gewesen, erläuterte der Botschafter. Schnell sei aber deutlich geworden, dass auf den starken Zustrom von Flüchtlingen nach Europa reagiert werden müsse. So haben die EU-Mitgliedstaaten unter dem Luxemburger Vorsitz die ad hoc Verteilung von 160.000 Flüchtlingen beschlossen. Santer betonte, dass die EU wohlmöglich vor einer der größten Herausforderungen unserer Zeit stünde.

Im Anschluss an die Ausführungen des Botschafters folgten zahlreiche Fragen aus dem Publikum, unter anderem zur Lage in Großbritannien anlässlich des anstehenden Referendums über den Verbleib Britan-



Impressum

1/2016

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 3 03 62 01 30, Fax: (030) 3 03 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (02643) 90 1604, Fax: (02643) 90 2552
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 04.03.2016
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
Tel. und Fax: (02683) 94 39 08
Mobil: (01 71) 507 69 32
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

niens in der EU sowie zu den gemeinsamen Werten in der EU.

Verantwortlich: Anne Freidank